

PROFESSOREN MAHNEN ZUR VERNUNFT IN DER AGRARPOLITIK

45 Professoren der Agrarökonomie haben sich in einer Erklärung zur agrarpolitischen Wende geäußert, die jetzt von der Bundesregierung geplant ist. Sie haben die Sorge, daß diese Pläne die Zukunft der deutschen Landwirtschaft gefährden, ohne das Problem zu beheben, das in der BSE-Krise entstanden ist. Die Professoren unterstützen die Forderung nach mehr Verbraucherschutz, glauben aber, daß eine massive Förderung der Öko-Landwirtschaft dazu keinen Beitrag leistet. Die Ursachen der BSE-Krise liegen nicht in der konventionellen Landwirtschaft, sondern in Versäumnissen des Staates. Die Professoren würden eine Ausweitung des ökologischen Landbaus begrüßen, wenn die Verbraucher das wollen. Sie warnen aber vor einer Bevormundung der Verbraucher durch den Staat. Die unbestrittenen Leistungen der Öko-Betriebe für die Umwelt könnten auch von konventionellen Landwirten erbracht werden, oft kostengünstiger. Die Kritik an den "Agrarfabriken" und an "industrieller Landwirtschaft" ist zwar populär, aber in der deutschen Landwirtschaft nicht sachgerecht. Eine einseitige Förderung des Öko-Landbaus gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft und läßt sie dauerhaft von staatlichen Subventionen abhängig werden. Die Erklärung hat den folgenden Wortlaut:

BRAUCHEN WIR EINE NEUORIENTIERUNG IN DER AGRARPOLITIK?

ERKLÄRUNG VON AGRARÖKONOMEN In Reaktion auf die BSE-Krise fordern führende Politiker in Deutschland eine Neuorientierung der Agrarpolitik, vor allem eine Abkehr von den "Agrarfabriken" und der "industriellen Landwirtschaft" und eine Hinwendung zum ökologischen Landbau als Leitbild für die Zukunft der Landwirtschaft. Als Agrarökonomien haben wir die Sorge, daß eine solche - bei vielen Bürgern gewiß populäre - Wende in der Agrarpolitik die Zukunft der deutschen Landwirtschaft gefährdet, ohne das Problem zu beheben, das Anlaß für diese Veränderung der Politik war. Wir haben keinen Grund, die bisherige Agrarpolitik zu verteidigen, denn wir haben sie oft kritisiert. Sie hat in Verfolgung sektoraler Interessen oft Gebote der wirtschaftlichen Vernunft außer Acht gelassen. Wir unterstützen das Bestreben, in Zukunft mehr Wert auf den Verbraucherschutz, die Sicherheit unserer Nahrungsmittel und auf artgerechte Tierhaltung zu legen und erkennen in dieser Hinsicht die Notwendigkeit von Veränderungen. Wir sind aber nicht davon überzeugt, daß die jetzt angestrebte Agrarpolitik einen Beitrag zu diesem Ziel leisten kann, sondern halten sie für verfehlt. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf folgende Aspekte hin.

1. Die Ausbreitung der BSE-Krankheit ist offensichtlich durch Futtermittel erfolgt. Die Verantwortung dafür tragen im wesentlichen nicht die konventionell wirtschaftenden Landwirte oder eine "industrielle Landwirtschaft", sondern einerseits der Staat, der gefahrbringende Futtermittel zunächst nicht rechtzeitig verboten und später Verstöße gegen die Verbote nicht hinreichend kontrolliert und nicht mit ausreichenden Strafen belegt hat. Verantwortung tragen auch diejenigen Hersteller von Futtermitteln, die Vorschriften nicht beachtet haben. Eine Abwendung von der konventionellen Landwirtschaft zugunsten eines neuen Leitbildes ist deshalb als Reaktion auf die BSE-Krise nicht sachgerecht.

2. Ökologisch wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe wurden auch bisher schon mit agrarpolitischen Maßnahmen gefördert. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel haben die Landwirte teilweise noch nicht einmal ausgeschöpft. Daß der Öko-Landbau bisher nur einen sehr kleinen Anteil der Landwirtschaft ausmacht, liegt in erster Linie an den Entscheidungen der Verbraucher, die Bio-Produkte nicht in stärkerem Maße gekauft haben. Die Politik würde sich also über die Wünsche der Verbraucher hinwegsetzen, wenn sie die ökologische Landwirtschaft deutlich ausweitet, ohne daß für ihre Produkte eine ausreichende Nachfrage vorhanden ist. Wir würden eine Ausweitung des ökologischen Landbaus

begrüßen, wenn sie durch die Marktnachfrage und Zahlungsbereitschaft der Verbraucher ausgelöst wäre. Eine Bevormundung der Verbraucher halten wir aber für falsch.

3. Eine Politik gegen den Verbraucherwillen wäre möglicherweise gerechtfertigt, wenn auf diese Weise in Zukunft Probleme ausgeschlossen werden könnten, wie sie jetzt zur BSE-Krise geführt haben. Das ist nicht der Fall. Es gibt keine Garantie dafür, daß BSE nicht auch in ökologisch wirtschaftenden Betrieben auftreten kann, und in anderen Ländern ist das bereits geschehen. Auch gibt es keinen Nachweis dafür, daß Nahrungsmittel, die in Öko-Betrieben erzeugt werden, grundsätzlich für die Gesundheit des Verbrauchers besser sind als Produkte aus konventionell wirtschaftenden Höfen. Eine staatlich forcierte Ausweitung des ökologischen Landbaus läßt sich mit Argumenten des Verbraucherschutzes nicht begründen.

4. Der Öko-Landbau ist zweifellos eine umweltfreundliche Form der Landbewirtschaftung. Auch die konventionelle Landwirtschaft kann jedoch bei entsprechender Förderung gezielte Umweltleistungen erbringen, oft kostengünstiger als der ökologische Landbau. Die Umweltpolitik sollte vergleichbare Umweltleistungen gleich fördern, unabhängig davon ob sie im ökologischen Landbau oder in der übrigen Landwirtschaft erbracht werden.

5. Eine einseitige agrarpolitische Bevorzugung bestimmter Formen von Landwirtschaft verzerrt den Wettbewerb und schwächt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der gesamten Landwirtschaft. Sie läuft deshalb dem Ziel zuwider, die Landwirtschaft auf längere Sicht von staatlicher Unterstützung unabhängig zu machen. Die Reformen der EU-Agrarpolitik haben in den letzten Jahren durch den Abbau der Preisstützung einen Prozeß eingeleitet, an dessen Ende eine international wettbewerbsfähige Landwirtschaft stehen könnte, wie sie von vielen Seiten immer wieder gefordert worden ist. Dieser Prozess sollte angesichts der EU-Osterweiterung und der WTO-Verhandlungen durch eine schrittweise Liberalisierung der Märkte fortgesetzt werden. Die jetzt in Deutschland geforderte agrarpolitische Wende würde dieser Tendenz eindeutig entgegenwirken. Sie würde die deutsche Landwirtschaft weit zurückwerfen und auf Dauer von staatlichen Hilfen abhängig machen.

6. Die langfristige Abhängigkeit von staatlichen Finanzhilfen wäre gerade auch im ökologischen Landbau zu erwarten. Eine durch Agrarpolitik herbeigeführte Ausweitung des ökologischen Landbaus würde die Preise für Bio-Produkte deutlich unter Druck setzen, so daß ökologisch wirtschaftende Landwirte ihre Kosten am Markt nicht mehr decken können. Der Staat müßte sie dann dauerhaft subventionieren, um ihr Überleben zu sichern.

7. Die Kritik an "Agrarfabriken" und "industrieller Landwirtschaft" mag gegenwärtig zwar populär sein, sie verkennt aber die Realitäten. Mit wenigen Ausnahmen sind die landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands sehr klein und werden von Familienarbeitskräften bewirtschaftet. In ihrer wirtschaftlichen Größe und Produktionsweise sind sie bestenfalls mit Handwerksbetrieben, aber nicht mit industriellen Unternehmen vergleichbar. Es kommt hinzu, daß in keiner Weise nachgewiesen ist, daß kleine landwirtschaftliche Betriebe die Umwelt weniger belasten oder gesündere Nahrungsmittel produzieren als größere Höfe. Soweit sich die Kritik auf moderne Formen der Tierhaltung richtet, ist sorgfältig abzuwägen, ob Veränderungen erforderlich sind und zu Verbesserungen für die artgerechte Tierhaltung führen können. Auch in dieser Hinsicht geht es allerdings nicht primär um die Größe der Tierbestände, sondern um die Haltungsbedingungen.

8. Einzelbetriebliche Obergrenzen für die agrarpolitische Förderung bringen keine Vorteile für den Verbraucherschutz, die Umwelt und den Tierschutz. Sie hemmen jedoch den strukturellen Wandel, führen zu höheren Kosten durch Ausweichmaßnahmen der Betroffenen (z.B. formelle Betriebsteilungen) und schwächen damit die Wettbewerbsfähigkeit der

Landwirtschaft. Sie lassen sich auch nicht als einkommenspolitische Maßnahme rechtfertigen, da es keinen engen Zusammenhang zwischen dem Einkommen und der Betriebsgröße gibt. Soweit in der Landwirtschaft hohe Einkommen erzielt werden, unterliegen sie der gleichen Steuerprogression wie die Einkommen anderer Steuerzahler.

9. Wir leben nicht auf einer agrarpolitischen Insel. Unsere Landwirtschaft muß im EU-Wettbewerb und vermehrt auch im Weltmarkt Wettbewerb bestehen. Deshalb ist ein Wandel zu größeren Betriebseinheiten unumgänglich. Damit kann und muß eine weitere Verbesserung der Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft einhergehen. Der Weg "klein und öko" führt dagegen in eine Sackgasse.

Die Erklärung wurde von folgenden Professoren unterstützt (Stand: 17.1.01, 11 Uhr): Heinz Ahrens, Halle; Reimar von Alvensleben, Kiel; Siegfried Bauer, Giessen; Tilman Becker, Hohenheim; Ernst Berg, Bonn (z.Zt. Michigan, USA); Wilhelm Brandes, Göttingen; Stephan von Cramon-Taubadel, Göttingen; Reiner Doluschitz, Hohenheim; Klaus Froberg, Halle; Michael Grings, Halle; Werner Grosskopf, Hohenheim; Claus-Henning Hanf, Kiel; Monika Hartmann, Halle; Wilhelm Henrichsmeyer, Bonn; Arno Henze, Hohenheim; Roland Herrmann, Giessen; Klaus Hesse, Kiel; Hans-E. Jahnke, Berlin; Karl-Heinz Kappelmann, Nürtingen; Dieter Kirschke, Berlin; Hans Kögl, Rostock; Manfred Köhne, Göttingen; Ulrich Koester, Kiel; Rainer Köhl, Giessen; Friedrich Kuhlmann, Giessen; Thomas Kutsch, Bonn; Cay Langbehn, Kiel; Dirk Manegold, Braunschweig; Winfried Manig Göttingen; Uwe Jens Nagel, Berlin; Mathias von Oppen, Hohenheim; Volker Petersen, Halle; Diethard Rost, Halle; Wilhelm Scheper, Kiel; Gerhard Schiefer, Bonn; Erich Schmidt, Hannover; Michael Schmitz, Giessen; Walter Schug, Bonn; Stefan Tangermann, Göttingen; Peter Tillack, Halle; Peter Wagner, Weihenstephan; Hannes Weindlmaier, Weihenstephan; Christoph Weiss, Kiel; Harald von Witzke, Berlin; Rudolf Wolfram, Bonn; Jürgen Zeddies, Hohenheim; Manfred Zeller, Göttingen;

Mehr Informationen bei:

Berlin: Harald von Witzke, Tel. 030-2093-6233, hvwitzke@rz.hu-berlin.de

Bonn: Walter Schug, Tel.0228-733663, schug@agp.uni-bonn.de

Braunschweig: Dirk Manegold, Tel. 0531-596-582, dirk.manegold@fal.de

Giessen: Friedrich Kuhlmann, Tel. 0641-99-37240, kuhlmann.lb11@agrار.uni-giessen.de

Göttingen: Stefan Tangermann, Tel. 0551-394822, stanger@gwdg.de

Halle: Volker Petersen, Tel. 0345-5522362, petersen@landw.uni-halle.de

Hannover: Erich Schmidt, Tel. 0511-762-4185, schmidt@ifgb.uni-hannover.de

Hohenheim: Jürgen Zeddies, Tel: 0711-459-2566 oder 3339, i410b@uni-hohenheim.de

Kiel: Ulrich Koester, Tel. 0431-880-4436, ukoester@agric-econ.uni-kiel.de

Rostock: Hans Kögl, Tel. 0381-4982086, hans.koegl@agrарfak.uni-rostock.de

Weihenstephan: Hannes Weindlmaier, Tel. 049-8161-713540, weindlmaier@bwl.blm.tu-muenchen.de